Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 137. **Sonnabend** den 16. März 1895. 89. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 17. März,
Vormittags nur bis ½9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Von einem hiesigen Bürger, dessen Name nicht genannt werden darf, ist dem Johannishospital ein Vermächtniß von **10 000 Mk.** letztwillig ausgesetzt worden.

Wir haben dies Vermächtniß angenommen und bringen dies hierdurch unter dem Ausdrucke unseres wärmsten Dankes in Vertretung der genannten Anstalt zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, am 11. März 1895.

Th. 1043. / 412. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Dr. Pollmann.

Vom 1. Mai 1895 an sollen die bei dem hiesigen Leihhause in den Monaten April, Mai und Juni 1894 versetzten oder erneuerten, aber nicht wieder eingelösten Pfänder im Erdgeschosse des Leihhauses öffentlich versteigert, soweit sie aber in Werthpapieren oder Sparbüchern bestehen, der Leihhausordnung gemäß veräußert bezw. erhoben werden.

Das Einlösen und Versetzen anderer Pfänder findet während der Auction von früh 8 bis Nachmittags 2 Uhr in den gewöhnlichen Räumen statt.

Leipzig, den 15. März 1895.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Bekanntmachung.

Trotz der Vorschriften in §. 8 Absatz 2 der anderweit umgearbeiteten Sparcassen- und Leihhausordnung der Stadt Leipzig vom 1. Februar 1889, wonach die bei der hiesigen städtischen Sparcasse auf ein und dasselbe Sparbuch deponirten Beträge die Summe von **1500 Mark nicht übersteigen dürfen**, haben die Inhaber einer größeren Anzahl von Sparbüchern, deren Nummern nachstehend unter ⊙ verzeichnet sind, durch Nichtabhebung der Zinsen ihre Einlage über den Betrag von 1500 Mark anwachsen lassen.

Unter Hinweis auf die obgedachte statutarische Bestimmung, **sowie darauf, daß nach §. 11 Absatz 3 hinsichtlich der Beträge über 1500 Mark die Verzinsung weggefallen ist,** fordern wir die Inhaber der betreffenden Sparbücher auf, die Mehrbeträge ehebaldigst zurückzunehmen.

Leipzig, am 12. März 1895.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

⊙

Serie I. 14826, 18257, 38607, 39190, 54584, 55309, 58009, 72365, 74380, 75446, 77179, 81073, 81727, 87496, 87966, 92177, 94723.

Serie II. 1318, 1602, 3716, 3967, 4465, 9270, 9545, 10926, 14430, 16545, 16546, 16553, 22670, 36873, 42630, 44974, 47300, 53464, 55243, 58100, 68750, 70409, 71102, 73960, 76857, 79577, 79961, 80965, 80986, 82436, 84920, 85798, 87187, 87758, 87991, 91271, 93688, 95353, 97275, 98103, 100821, 108815, 109218, 109618, 110572, 112707, 112791, 113603, 115360, 118877, 121437, 122151, 122205, 123005, 123041, 125420, 131006, 131136, 133491, 133508, 136331, 136850, 139050, 140188, 140898, 143568, 144347, 145618, 149255, 152886, 153101, 154785, 160813, 160909, 161964, 170695, 170881, 174774, 184937, 188140, 190030, 190904, 193688, 198207, 199755, 207754, 214190, 217776, 225329, 225559, 228704, 229699, 237030, 237335, 240835, 242089, 242121, 244887, 248685.

Der städtische Lagerhof in Leipzig

lagert Waaren aller Art zu billigen Tarifsätzen. Die Lagerscheine werden von den meisten Bankinstituten beliehen.

Leipzig, den 26. April 1894.

Die Deputation zum Lagerhofe.

Geschäftsräume.

Grimmaischer Steinweg 3, Seitengeb. rechts, 3. Stock, helle, 260 qm große Räume für 1600 ℳ jährlich **sofort zu beziehen;**

ebendaselbst, Seitengeb. rechts 2. Stock und Quergeb. 2. Stock, 8fenstr. Arbeitssaal u. 11. m. Wohnräumen, 1200 ℳ jährl., **vom 1. April 1895** ab;

Poststraße 4, Hofgebäude links, 2. u. 3. Stock, 2 Arbeitssäle (16 u. 14 Fenster) für 1000 ℳ jährl. **sofort zu beziehen.**

Wohnräume.

Grimmaischer Steinweg 3, Seitengeb. rechts, 3 zweifenstr. 1 einfenstr. Zimmer, 1 Kammer, Küche u. s. w., 700 ℳ jährlich, **sofort zu beziehen;**

Näheres in der Auskunftsstelle des Postamts 1 am Augustusplatze (Eingang im Posthofe).

Bekanntmachung.

Der von mir am 30. Januar d. J. hinter den Arbeiter, früheren Hausdiener **Wilhelm Schneider** aus Magdeburg erlassene Steckbrief ist erledigt.

Halberstadt, den 7. März 1895.

Der Erste Staatsanwalt.

Die Einwanderungsfrage in Nordamerika.

Der „Social-Corr." wird aus New-York geschrieben:

R. A. R. Während in Deutschland von Colonisationsfreunden dahin agitirt wird, die deutsche Auswanderung nach Südamerika oder Afrika abzulenken, um Colonien zu gründen, welche dem deutschen Vaterlande nutzbar gemacht werden können, machen sich hier in Nordamerika derzeit betreffs der Einwanderungsfrage zwei Strömungen bemerkbar, die einander ganz entgegengesetzt sind. Eine solche, die sich gegen die Einwanderer richtet, und eine andere, welche Anstrengungen macht, sie heran zu locken. Augenblicklich ist die Einwanderung sehr gering, so daß nicht einmal das Kopfgeld der Ankommenden hinreicht, um die Auslagen für die Verwaltung des Einwandererdepots in New-York zu decken. Im Bundessenat ist vor einiger Zeit der Antrag gestellt worden, das Kopfgeld auf fünfzig Dollars pro Einwanderer zu erhöhen. Dieser Antrag, der übrigens gefallen ist, hatte nicht den Zweck, für die Deckung der Verwaltungskosten zu sorgen, sondern die Einwanderung ganz beträchtlich zu erschweren. Irgend etwas wird in dieser Richtung wahrscheinlich auch geschehen. Es bildet sich nämlich jetzt eine politische Partei — im Westen und Nordwesten ist sie schon stark ausgebreitet und jetzt dringt sie unaufhaltsam gegen den Osten vor — welche sich auf den schroffsten nativistischen Standpunct stellt und alles Fremde bekämpft. Diese Partei, die sich die American Protective Association nennt, hat ein weitgehendes religiös-politisches Programm. In kurzen Zügen gezeichnet, dürfen die Mitglieder dieser Partei keinem Katholiken Beschäftigung geben, noch für ihn stimmen, falls er für ein öffentliches Amt candidirt. Ferner legt diese Partei die Masse der Verbrechen, die begangen werden, die Ueberfüllung der Armen- und Irrenhäuser, das Sinken der Löhne, die Verschlechterung der Lebensweise der breiten Volksschichten, die um sich greifende Entsittlichung, Mißachtung der Gesetze, Trunksucht u. s. w. den Fremden, also den Eingewanderten, zur Last, und darum will man der Einwanderung den Garaus machen, oder sie wenigstens derart erschweren, daß sie auf ein unmerkbares Minimum zusammenschrumpft. Unterstützt werden die letzteren Bestrebungen noch von den großen Arbeiter-Organisationen, welche das Fallen der Löhne einzig auf die Concurrenz durch die Eingewanderten zurückführen.

„Amerika für die Amerikaner" ist wieder das Losungswort, das jetzt abermals in weitere Kreise dringt. Der Kampf, der innerhalb kurzer Zeit ein sehr erbitterter zu werden droht, richtet sich nicht speciell gegen die Deutschen, im Gegentheile, wer überhaupt halbwegs zu Gunsten der Einwanderung ist, giebt dem deutschen Feld- oder Industrie-Arbeiter den Vorzug; der Kampf richtet sich gegen alle Nationen, am Entschiedensten aber gegen die Italiener, Russen, Polen und Slowaken (Ungarn). Die Einwanderer aus den genannten Ländern haben eine staunenswerthe Bedürfnißlosigkeit, arbeiten um einen Spottlohn und stehen auf einer solch niedrigen Stufe der Intelligenz, daß allerdings der eingeborene Arbeiter sich mit diesen Leuten weder gesellschaftlich vermischt, noch gerne neben ihnen arbeitet, ja überhaupt gar nicht arbeiten kann, da er eine bessere Lebensweise gewöhnt ist und daher mit den kargen Löhnen nicht auszukommen vermag.

Von Seiten der großen Bergwerksbesitzer, Bauunternehmer, Fabrikanten 2c. wird aber gerade diese Art Einwanderung, aus naheliegenden Gründen, begünstigt, und es ist ein offenes Geheimniß, daß trotz unserer Contractarbeiter-Gesetze, welche bei einer Strafe von 1000 Dollars für jeden einzelnen Fall den Import von Arbeitern, das Bezahlen der Ueberfahrt oder das Engagement für eine bestimmte Arbeit verbieten, doch der größere Theil der eingewanderten Arbeiter in Verletzung des Contractarbeiter-Gesetzes geladet wird. Die Leute werden eben am Schiffe oder schon vor Antritt der Fahrt von den Agenten unterrichtet, welche Antworten sie auf die Fragen der hiesigen Einwanderungsbehörde geben sollen, und das verhindert die Entdeckung der Gesetzverletzung.

Dieselben Leute, welche das unwissendste, auf der niedrigsten Stufe der Cultur stehende Element des östlichen und südlichen Europa aus eigennützigen Motiven herüberlocken, sind die Ersten, welche entsetzt ausrufen: „Seht diese Fremden!", wenn es zu einem großen Streike und bei diesem zu Gewaltthaten kommt. So war es bei den großen Streiken in den Kleiderfabriken New-Yorks, wo fast ausschließlich aus Rußland und Polen eingewanderte Leute beschäftigt sind, der Fall, und so wieder kürzlich bei dem großen Kohlenstreike, wo die Slowaken und Südslawen zu Gewaltthaten griffen.

Der Süden der Vereinigten Staaten von Amerika hat schon wiederholt Versuche gemacht, die europäische Einwanderung an sich zu ziehen, aber bis jetzt mit kaum merkbarem Erfolg. Unter den Ursachen für den Mißerfolg ist hauptsächlich die anzuführen, daß bis jetzt nicht die südlichen Staaten selbst die Frage in die Hand genommen haben, sondern die Agitation nur von Corporationen und Privatinteressenten ausging. Es fehlte also an einem richtigen System. Große Mineralländereien und Nutzholzdistricte liegen in den Südstaaten brach, weil es an Arbeitskraft fehlt. Es gelang nicht einmal, den Ueberschuß an Arbeitskraft aus den Nordstaaten heranzuziehen. Die allzuhäufigen Lynchgerichte, verkümmerte Rechte und Freiheiten für den Arbeiter, eine größere gesellschaftliche Scheidewand als im Norden zwischen Wohlhabenden und Nichtbesitzenden, sehr niedrige Löhne u. s. w. erzeugen in den amerikanischen Arbeitern der Nordstaaten wenig Lust, ihren Wohnsitz mit dem von Negern allzustark bevölkerten Theile der Südstaaten zu vertauschen. Man hat in den letzten Jahren allerdings durch nordisches Capital einige Industrien im Süden angelegt, aber die Sache ist wieder etwas ins Stecken gekommen. Auch einige Ackerbaucolonien wurden gegründet, mit mehr oder weniger Erfolg. Doch das Alles zählt nicht viel mehr als ein Tropfen im Meer. Eine regere Entwickelung und Besiedelung zeigt sich nirgends. Man hat Städte und Ortschaften angelegt und dann die Lockpfeife für fremde Ansiedler ertönen lassen, allein sie kamen nicht, und die Städte und Ortschaften sind noch immer nicht erstanden. Die angelegten Bauplätze sind Weidegründe für Ziegen und Kühe.

Vor etwa einem Jahre haben sich auf Einladung die Gouverneure der Südstaaten versammelt, um sich über einen Plan zu einigen, wie man den Ueberschuß der Bevölkerung anderer Länder nach dem Süden der Vereinigten Staaten lenken könnte; auf jener Convention wurde es schon klar, daß man als bestes Mittel die Lärmtrommel der Reclame wählen werde. Und vor einiger Zeit haben südliche Repräsentanten und nördliche Geschäftsleute in New-York eine mehrtägige Conferenz abgehalten, in welcher man sich ebenfalls mit der Frage der Besiedelung des Südens beschäftigte. Die südlichen Repräsentanten versuchten, nördliche Unternehmer zu veranlassen, in den Südstaaten Fabriken zu bauen und dort zu produciren. Ob dies in größerem Maßstabe geschehen wird, bleibt abzuwarten. Es ist aber wenig Hoffnung dafür vorhanden, denn gerade jetzt macht sich wieder eine schärfere wirthschaftliche und politische Scheidung zwischen dem freihändlerischen Süden und dem schutzzöllnerischen Norden bemerkbar, und das kann nicht ohne Einfluß auf das nördliche, etwas ängstlich gewordene Capital bleiben.

Gerade jetzt ist nicht nur die Einwanderung verhältnißmäßig sehr schwach, sondern es macht sich eine starke, anhaltende Rückwanderung bemerkbar. Die Geschäftsstockung in den nördlichen Staaten hat einen Ueberfluß von Arbeitsangebot erzeugt, und das verursacht die Rückwanderung. Wenn der Süden für die Eingewanderten wirklich etwas Verlockendes, Arbeitsgelegenheit, fruchtbaren Boden und hauptsächlich Schutz von Person und Eigenthum zu bieten gehabt hätte, so hätte es nicht schwer fallen können, diese Rückwanderung zu stauen und nach dem Süden abzulenken. Aber die Südstaaten haben eben nichts Werthvolles zu bieten, und darum sollen deutsche Arbeiter nach wie vor gewarnt werden, sich dahin verlocken zu lassen.

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 15. März. Zu dem bekannten Beschlusse der Berliner Stadtverordnetenversammlung schreibt das freisinnige „Berl. Tagebl." u. a.: „In geheimer Sitzung hat gestern die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Antrag des Magistrats abgelehnt, eine gemischte Deputation einzusetzen, um über den Erlaß einer Glückwunschadresse der beiden städtischen Behörden an den Fürsten Bismarck zu seinem achtzigsten Geburtstage zu berathen. Dieser Beschluß, der in weiten Kreisen großes Aufsehen erregen dürfte, ist mit 56 gegen 34 Stimmen gefaßt worden. Man kann über die Entwickelung, welche die innere Politik in Preußen und Deutschland unter dem Fürsten Bismarck genommen hat, denken, wie man will, aber man wird sich doch nicht der Erwägung entziehen können, daß ein Mann, den Berlin zu seinen Ehrenbürgern zählt, doch wohl verdient hätte, daß man an einem solchen Tage sich mehr der unvergänglichen Ruhmesthaten des ersten Kanzlers des deutschen Reiches erinnerte als der kleinlichen Nörgeleien, mit denen er, wie ja nicht zu leugnen ist, die städtische Verwaltung der Reichshauptstadt nicht selten verfolgt hat (?). Fürst Bismarck bleibt nun einmal der gewaltigste Mitarbeiter am Bau des neuen deutschen Reiches, und da auch der strengste communale Cato nicht im Stande sein wird, ihm diesen Ruhmestitel abzusprechen, so würde sich wohl empfohlen haben, daß die Stadt Berlin in den Reihen der zahllosen Gratulanten, die sich am 1. April in Friedrichsruh Stelldichein geben werden, nicht gefehlt hätte."

* **Berlin,** 15. März. Die „Nat.-Ztg." schreibt: „Eine der Erfindungen des modernsten Journalismus sind die „Umfragen" über irgend ein Problem oder was die Veranstalter derselben für ein solches ausgeben wollen. Zweck der Umfrage ist gewöhnlich weniger die Lösung des „Problems", als eine Reclame für das sie veranstaltende Blatt, wobei betreffs der Antworten auf die angenehm gekitzelte Eitelkeit der Befragten gerechnet wird. Die „Neue deutsche Rundschau", ein Organ der um die „freie Bühne" sich schaarenden jüngstdeutschen und socialistischen Elemente, hat in Gemeinschaft mit der gesinnungsverwandten Zeitschrift „Mercure de France" eine solche Umfrage über die „deutsch-französische Annäherung" bei Deutschen und Franzosen veranstaltet — ein Unternehmen, das in Frankreich lediglich Mißverständnisse über die Art des in Deutschland bestehenden „Annäherungs"-Bedürfnisses hervorrufen kann. Die Befragten sind zum Theil solche Persönlichkeiten, die bei keiner derartigen Angelegenheit diesem Schicksal entgehen, theils aber Herren, welche wohl in dem Kreise der beiden genannten Blätter als Notabilitäten betrachtet werden mögen, außerhalb desselben jedoch hüben und drüben kaum als solche gelten. Das Ergebniß der Umfrage ist selbstverständlich für jede praktische Anschauung der Dinge gleich Null. Was die Franzosen betrifft, so haben die meisten die politische Seite der Frage höflich vermieden und sich auf die „Annäherung" in Kunst, Literatur, Wissenschaft beschränkt; aber z. B. der Senator Berthelot, „beständiger Secretair der Akademie der Wissenschaften", schreibt ausdrücklich:

„Deutschland muß aufhören, in der Welt das antike Recht der Gewalt und der Eroberung zu verkünden und der gewaltsthätig annectirten Bevölkerung das moderne Recht, sein Schicksal zu wählen, zurückgeben. Der Mißbrauch, den es von seinen Siegen gemacht hat, unterhält den Zwiespalt der Völker und bedroht die Zukunft mit neuen Katastrophen."

Niemand wird bezweifeln, daß viele der französischen Befragten, die Derartiges nicht aussprechen, ganz ebenso denken. Was die deutschen Antworten betrifft, so scheint uns Professor Erich Schmidt kurz und bündig das Richtige gesagt und damit der ganzen Umfrage das Urtheil gesprochen zu haben, wenn er schreibt:

„Nach meinen aus Büchern und Zeitschriften, sowie aus brieflichen und persönlichem Verkehr mit Literaturfreunden und Fachgenossen gewonnenen Eindrücken sind die Franzosen eifrig bemüht, Kunst und Wissenschaft als ein gemeinsames Friedensreich zu behandeln. Das Beste ist, diese guten Beziehungen unbefangen fort zu pflegen, wie etwas Selbstverständliches, ohne durch fruchtlose Umfragen und akademische Orakel doch nur immer wieder auf den Einen Punct zu deuten, über den vorderhand wenigstens kein Franzose hinwegsehen kann."

Als Curiosum heben wir noch die folgende Erwiderung des Centrums-Abgeordneten Dr. Lieber, der neben Herrn Bebel in der Umfrage das Parlament vertritt, hervor:

„Ich gebe mich der sehr bestimmten Hoffnung hin, daß die Entwicklung der Weltwirthschaft alte politische Zerklüftungen schließen und „die vereinigten Staaten von Europa", auf die ich längst im Reichstage hingewiesen, zusammenschweißen wird, ob die Allweisen und Hochmögenden des Augenblicks es wollen oder nicht."

Y. **Berlin,** 15. März. (Telegramm.) Der **Kaiser** führte auch gestern und heute bei den Sitzungen des Staatsrathes den Vorsitz.

Y. **Berlin,** 15. März. (Telegramm.) Die Meldung der „Voss. Ztg." über das Befinden des **Prinzen Joachim** ist übertrieben. Der Prinz ist allerdings an einer Unterleibsentzündung erkrankt, die anfangs Blinddarmentzündung befürchten ließ und mit Fieber verbunden war. Die Entzündung ist jedoch nicht eingetreten. Das Fieber hat seit gestern Abend nachgelassen. Es ist berechtigte Hoffnung vorhanden, daß der Prinz in kurzer Zeit genesen wird. (Wiederholt.)

B. **Berlin,** 15. März. (Privattelegramm.) Die „Kreuzztg." schreibt zu der Meldung, daß der **Oberkirchenrath** wahrscheinlich am 31. März in Predigt und Gebet des **Fürsten Bismarck** gedenken lassen werde: In kirchlichen Kreisen sei hiervon bisher nichts bekannt.

⊙ **Berlin,** 15. März. (Telegramm.) Der „Reichsanz." meldet: In der gestrigen Sitzung des **Staatsraths wurde** nach einer Pause in die Verhandlungen über die **Maßnahmen** auf dem Gebiete der **Währungspolitik** eingetreten. Die Berathung dauerte in der heutigen Sitzung bis zum Eintritt der Pause fort.

⊙ **Berlin,** 15. März. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt die Berichte eines Mailänder Blattes über die Gespräche des **Kaisers** in Wien im Hause des Botschafters Grafen Eulenburg, die Bündnißpläne, allgemeine Abrüstung, die Möglichkeit eines Besuches in Paris 2c. betreffen haben sollten, für die gröbste Unwahrheit.

B. **Berlin,** 15. März. (Privattelegramm.) Der „Frankfurter Ztg." wird von hier gemeldet: „Die Gestaltung des 80. Geburtstags **Bismarck's** zu einem **nationalen Feiertage** macht Fortschritte. Ein Theil des Centrums im Reichstage soll dafür gewonnen sein, daß auch der Reichstag unter den Gratulanten erscheint.

B. **Berlin,** 15. März. (Privattelegramm.) Die Meldung, die **Centrumsfraction** des Reichstags hätte den **Antrag Kanitz** einstimmig abgelehnt, wird bestritten. Das Centrum habe in dieser Tagung sich mit dem Antrage Kanitz überhaupt noch nicht beschäftigt. (Jedenfalls hat kein Mitglied des Centrums den im Reichstage eingebrachten Antrag Kanitz unterzeichnet. Red.)

B. **Berlin,** 15. März. (Privattelegramm.) Der **Reichskanzler** giebt morgen ein größeres Mahl, zu dem außer den Staatsministern sämmtliche an den Berathungen des Staatsrathes theilnehmende Herren, einschließlich der Protokollführer, geladen sind. Der Kaiser hat sein Erscheinen zugesagt.

B. **Berlin,** 15. März. (Privattelegramm.) Das „Deutsche Colonialblatt" theilt mit: Nach den bis Ende Januar in Windhoek eingegangenen Nachrichten ist **Hendrik Witboi** mit seinem ganzen Stamme in Gibeon eingetroffen; er verhalte sich daselbst völlig ruhig und lebe mit der dortigen Garnison in den besten Beziehungen.

B. **Berlin,** 15. März. (Privattelegramm.) Der „Germania" zufolge erregt das Befinden des Freiherrn **v. Schorlemer-Alst** großes Bedenken. Zur Influenza trat vor 3 Tagen Entzündung beider Lungenflügel hinzu. Schorlemer-Alst ist auf seinen Wunsch gestern Mittag die Sterbesakramente gereicht.

— Aus Friedrichsruh wird dem „Local-Anzeiger" berichtet, daß der Kaiser in den letzten Tagen des März zum Besuche des Fürsten Bismarck dort erwartet wird.

— Charakteristisch für die Stimmung gewisser Kreise ist die Versicherung des Stöcker'schen „Volks": Der Staatsrath mag entscheiden, wie er will, der Antrag Kanitz bleibt doch bestehen. — Dasselbe Blatt citirt aus einem Briefe Bismarck's an Gerlach aus dem Jahre 1854 folgende Stelle: „Meine Frau fragt mich, was eigentlich der Staatsrath sei; ich schrieb ihr: die Quintessenz aller der Thorheit und Bosheit, die man in Preußen unter dem Worte „Geheimrath" versteht. Sie sehen, daß ich mir keine Illusion über diesen Senat mache."

— Unter der Ueberschrift „Keine Gnade, sondern Recht" schreibt die „Deutsche Tagesztg.":

„Man ist es müde geworden, hinter jedem Worte des Wohlwollens die Versicherung zu hören, daß an delikate Thaten nicht zu denken sei. Mit gebührender Schärfe werden die Redereien von den Sonderinteressen der Landwirthschaft als das zurückgewiesen, was sie sind, Spiegelfechtereien, auf die Niemand hineinfällt, als thörichte Agrarpolitiker. Wir halten es für vollkommen richtig, daß man, wie die Dinge jetzt liegen, alle conventionellen und übertünchten Höflichkeitsphrasen aufgiebt und die Wahrheit sagt, nackt und scharf. Für Anstandsübungen ist die Zeit zu ernst."

* **Posen,** 14. März. Zu welchen Mitteln die Anhänger der Centrumspartei zu greifen entschlossen wären, wenn sie dadurch verhindern könnten, daß Abgeordnete anderer Parteien einmal offen die Verhältnisse in den polnischen Theilen der Monarchie im Abgeordnetenhause darlegten, zeigt der folgende Brief, den der Abgeordnete von Tiedemann-Bomst heute Morgen empfing. Dieser Herr hatte am letzten Dienstag gegenüber den Wühlereien und Machenschaften der Polen auf die Nothwendigkeit der weiteren Durchführung des Ansiedelungsgesetzes hingewiesen und dabei auch der Umtriebe katholischer Geistlicher in Posen gedacht. Der Brief lautet nach der „Post":

Schildesche, den 13. März 1895.

An
den Herrn Abgeordneten v. Tiedemann-Bomst zu Berlin.

Ew. Hochwohlgeboren können sich freuen, daß weder ich noch unzählige andere Katholiken nicht in der 41. Sitzung des Abgeordnetenhauses gegenwärtig waren, denn wir würden Ihnen handgreiflich die Beichte und den Herrn Erzbischof von Posen klar gemacht haben. Gegenüber solchen Abgeordneten, wie Sie sich gezeigt, ist es Pflicht der katholischen Wähler, ihrerseits Abgeordnete in das Parlament zu schicken, die über ein Herz auf dem richtigen Fleck und eine kräftige Faust verfügen.

Hochachtungsvollst
A. Dissen, Pic.

Da man mit Verdrehungen und Spitzfindigkeiten den Ausführungen des Abgeordneten v. Tiedemann-Bomst nicht beikommen kann, denkt man an die brutale Gewalt der Fäuste. Indessen mögen die Herren Polen und ihre Bundesgenossen nicht glauben, daß mit solchen oder irgend welchen anderen, weniger kindischen Drohungen die Wacht an der Warthe von ihrem Posten wegzuängstigen ist.

B. C. **Hannover,** 14. März. Der Hannoversche Spar- und Bauverein hat nach seinem Jahresberichte über das Jahr 1894 außer den im Vorjahre im Bau begonnenen 8 Häusern mit 64 Wohnungen 5 weitere mit 43 Wohnungen und einem Laden vollendet. Vier Häuser mit 31 Wohnungen und einem Laden sollen bis zum 1. April dieses Jahres fertiggestellt werden. An diesem Termin wird die Zahl der beziehbaren oder bewohnten Wohnungen 367 (gegen 293 am 1. April 1894) betragen. Die Wohnungen, die aus einer Stube und einer Kammer bis zu 2 Stuben und 2 Kammern bestehen, kosten 120—260 ℳ jährliche Miethe. Die Mitgliederzahl ist von 2251 im Jahre 1893 auf 2612 im Jahre 1894 angewachsen. Die Einzahlungen betrugen 731 756 ℳ 96 ₰ gegen 532 865 ℳ 73 ₰ im Jahre 1893; danach entfielen auf den Kopf 236 ℳ Einlagen im

SLUB
Wir führen Wissen.